

Auftragsverarbeitungsvertrag

**basierend auf den Standardvertragsklauseln der Kommission nach Art. 28
Absatz (7) DSGVO**

- nachfolgend auch „**Vereinbarung**“ -

zwischen

Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin Gemeinnützige Krankenhaus GmbH,
geschäftsansässig Spandauer Damm 130, 14050 Berlin

Zweite Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin,
geschäftsansässig Salvador-Allende-Straße 2 – 8, 12559 Berlin

Wählen Sie ein Element aus.

Wählen Sie ein Element aus.

Wählen Sie ein Element aus.

Wählen Sie ein Element aus.

gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Christian Frieze (Vors.)

- nachfolgend auch "**Verantwortlicher**" -

und

Bitte geben Sie hier den vollständigen Firmennamen und die dazugehörige Adresse an.

- nachfolgend auch "**Auftragsverarbeiter**" -

Inhalt

Präambel	3
Abschnitt I – Allgemeines	3
Klausel 1 – Zweck und Anwendungsbereich	3
Klausel 2 – Unabänderbarkeit der Klauseln	3
Klausel 3 – Auslegung	3
Klausel 4 – Vorrang	3
Klausel 5 – Kopplungsklausel	3
Abschnitt II – Pflichten der Parteien	4
Klausel 6 – Beschreibung der Verarbeitung	4
Klausel 7 – Pflichten der Parteien	4
7.1 Weisungen	4
7.2 Zweckbindung	4
7.3 Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten	4
7.4 Sicherheit der Verarbeitung	4
7.5 Sensible Daten	5
7.6 Dokumentation und Einhaltung der Klauseln	5
7.7 Einsatz von Unterauftragsverarbeitern	5
7.8 Internationale Datenübermittlungen	6
Klausel 8 – Unterstützung des Verantwortlichen	6
Klausel 9 – Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	7
9.1 Verletzung des Schutzes der vom Verantwortlichen verarbeiteten Daten	7
9.2 Verletzung des Schutzes der vom Auftragsverarbeiter verarbeiteten Daten	8
Abschnitt III – Schlussbestimmungen	8
Klausel 10 – Verstöße gegen die Klauseln und Beendigung des Vertrags	8
Anhang I – Ergänzende Regelungen	9
Klausel 11 – Allgemeine Ergänzungen	9
Klausel 12 – Besondere Regelungen	9
Anhang II – Liste der Parteien	13
Anhang III - Beschreibung der Verarbeitung	13
Anhang IV – Technische und organisatorische Maßnahmen	14
Anhang V – Liste der Unterauftragsverarbeiter	14

Präambel

Zwischen den Parteien besteht ein *Vertragsart und -datum*. Nachfolgende Regelungen ergänzen diesen Vertrag im Hinblick auf die datenschutzrechtlichen Regelungen zur Auftragsverarbeitung.

Abschnitt I – Allgemeines

Klausel 1 – Zweck und Anwendungsbereich

- (a) Mit diesen Standardvertragsklauseln (im Folgenden „Klauseln“) soll die Einhaltung von Artikel 28 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden: DSGVO) sichergestellt werden.
- (b) Die in Anhang II aufgeführten Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter haben diesen Klauseln zugestimmt, um die Einhaltung von Artikel 28 Absätze 3 und 4 der DSGVO zu gewährleisten.
- (c) Diese Klauseln gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Anhang III.
- (d) Anhang I bis Anhang V sind Bestandteil der Klauseln.
- (e) Diese Klauseln gelten unbeschadet der Verpflichtungen, denen der Verantwortliche gemäß der DSGVO unterliegt.
- (f) Diese Klauseln stellen für sich allein genommen nicht sicher, dass die Verpflichtungen im Zusammenhang mit internationalen Datenübermittlungen gemäß Kapitel V der DSGVO erfüllt werden.

Klausel 2 – Unabänderbarkeit der Klauseln

Die Parteien verpflichten sich, die Klauseln nicht zu ändern, es sei denn, zur Ergänzung oder Aktualisierung der in den Anhängen angegebenen Informationen.

Klausel 3 – Auslegung

- (a) Werden in diesen Klauseln die in der DSGVO definierten Begriffe verwendet, so haben diese Begriffe dieselbe Bedeutung wie in der betreffenden Verordnung.
- (b) Diese Klauseln sind im Lichte der Bestimmungen der DSGVO auszulegen.
- (c) Diese Klauseln dürfen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die den in der DSGVO vorgesehenen Rechten und Pflichten zuwiderläuft oder die Grundrechte oder Grundfreiheiten der betroffenen Personen beschneidet.

Klausel 4 – Vorrang

- (a) Im Falle eines Widerspruchs zwischen dieser Vereinbarung und den Bestimmungen damit zusammenhängender Vereinbarungen, die zwischen den Parteien bestehen oder später eingegangen oder geschlossen werden (solche Vereinbarungen nachfolgend auch „Hauptvertrag“ genannt), haben die Regelungen dieser Vereinbarung Vorrang.
- (b) Im Falle eines Widerspruchs zwischen den ergänzenden Klauseln in Anhang I und sonstigen Regelungen dieser Vereinbarung haben die übrigen Regelungen dieser Vereinbarung Vorrang gegenüber den ergänzenden Klauseln in Anhang I.

Klausel 5 – Kopplungsklausel

- (a) Eine Einrichtung, die nicht Partei dieser Klauseln ist, kann diesen Klauseln mit Zustimmung aller Parteien jederzeit als Verantwortlicher oder als Auftragsverarbeiter beitreten, indem sie die Anhänge ausfüllt und Anhang II unterzeichnet.

- (b) Nach Ausfüllen und Unterzeichnen der unter Buchstabe (a) genannten Anhänge wird die beitretenbe Einrichtung als Partei dieser Klauseln behandelt und hat die Rechte und Pflichten eines Verantwortlichen oder eines Auftragsverarbeiters entsprechend ihrer Bezeichnung in Anhang II.
- (c) Für die beitretenbe Einrichtung gelten für den Zeitraum vor ihrem Beitritt als Partei keine aus diesen Klauseln resultierenden Rechte oder Pflichten.

Abschnitt II – Pflichten der Parteien

Klausel 6 – Beschreibung der Verarbeitung

Die Einzelheiten der Verarbeitungsvorgänge, insbesondere die Kategorien personenbezogener Daten und die Zwecke, für die die personenbezogenen Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet werden, sind in Anhang III aufgeführt.

Klausel 7 – Pflichten der Parteien

7.1 Weisungen

- (a) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten nur auf dokumentierte Weisung des Verantwortlichen, es sei denn, er ist nach Unionsrecht oder nach dem Recht eines Mitgliedstaats, dem er unterliegt, zur Verarbeitung verpflichtet. In einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht dies nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet. Der Verantwortliche kann während der gesamten Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten weitere Weisungen erteilen. Diese Weisungen sind stets zu dokumentieren.
- (b) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich, wenn er der Auffassung ist, dass vom Verantwortlichen erteilte Weisungen gegen die DSGVO oder geltende Datenschutzbestimmungen der Union oder der Mitgliedstaaten verstoßen.

7.2 Zweckbindung

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet die personenbezogenen Daten nur für den/die in Anhang III genannten spezifischen Zweck(e), sofern er keine weiteren Weisungen des Verantwortlichen erhält.

7.3 Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Daten werden vom Auftragsverarbeiter nur für die in Anhang III angegebene Dauer verarbeitet.

7.4 Sicherheit der Verarbeitung

- (a) Der Auftragsverarbeiter ergreift geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um die Sicherheit der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Dabei sind Maßnahmen zu treffen, mit denen mindestens (nicht abschließend) die in Anhang IV genannten Schutzziele gesichert werden. Dies umfasst auch den Schutz der Daten vor einer Verletzung der Sicherheit, die, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zur Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung oder zur unbefugten Offenlegung von beziehungsweise zum unbefugten Zugang zu den Daten führt (im Folgenden „Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“). Bei der Beurteilung des angemessenen Schutzniveaus tragen die Parteien dem Stand der Technik, den Implementierungskosten, der Art, dem Umfang, den Umständen und den Zwecken der Verarbeitung sowie den für die betroffenen Personen verbundenen Risiken gebührend Rechnung.

- (b) Der Auftragsverarbeiter gewährt seinem Personal nur insoweit Zugang zu den personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, als dies für die Durchführung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags unbedingt erforderlich ist. Der Auftragsverarbeiter gewährleistet, dass sich die zur Verarbeitung der erhaltenen personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

7.5 Sensible Daten

Falls die Verarbeitung personenbezogener Daten betrifft, aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, oder die genetische Daten oder biometrische Daten zum Zweck der eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Daten über die Gesundheit, das Sexualleben oder die sexuelle Ausrichtung einer Person oder Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten enthalten (im Folgenden „sensible Daten“), wendet der Auftragsverarbeiter spezielle Beschränkungen und/oder zusätzliche Garantien an.

7.6 Dokumentation und Einhaltung der Klauseln

- (a) Die Parteien müssen die Einhaltung dieser Klauseln nachweisen können.
- (b) Der Auftragsverarbeiter bearbeitet Anfragen des Verantwortlichen bezüglich der Verarbeitung von Daten gemäß diesen Klauseln umgehend und in angemessener Weise.
- (c) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen alle Informationen zur Verfügung, die für den Nachweis der Einhaltung der in diesen Klauseln festgelegten und unmittelbar aus der DSGVO hervorgehenden Pflichten erforderlich sind. Auf Verlangen des Verantwortlichen gestattet der Auftragsverarbeiter ebenfalls die Prüfung der unter diese Klauseln fallenden Verarbeitungstätigkeiten in angemessenen Abständen oder bei Anzeichen für eine Nichteinhaltung und trägt zu einer solchen Prüfung bei. Bei der Entscheidung über eine Überprüfung oder Prüfung kann der Verantwortliche einschlägige Zertifizierungen des Auftragsverarbeiters berücksichtigen.
- (d) Der Verantwortliche kann die Prüfung selbst durchführen oder einen unabhängigen Prüfer beauftragen. Die Prüfungen können auch Inspektionen in den Räumlichkeiten oder physischen Einrichtungen des Auftragsverarbeiters umfassen und werden gegebenenfalls mit angemessener Vorankündigung durchgeführt.
- (e) Die Parteien stellen der/den zuständigen Aufsichtsbehörde(n) die in dieser Klausel genannten Informationen, einschließlich der Ergebnisse von Prüfungen, auf Anfrage zur Verfügung.

7.7 Einsatz von Unterauftragsverarbeitern

- (a) Der Auftragsverarbeiter besitzt die allgemeine Genehmigung des Verantwortlichen für die Beauftragung von Unterauftragsverarbeitern, die in einer vereinbarten Liste aufgeführt sind. Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen mindestens vier Wochen im Voraus ausdrücklich in schriftlicher Form über alle beabsichtigten Änderungen dieser Liste durch Hinzufügen oder Ersetzen von Unterauftragsverarbeitern und räumt dem Verantwortlichen damit ausreichend Zeit ein, um vor der Beauftragung des/der betreffenden Unterauftragsverarbeiter/s Einwände gegen diese Änderungen erheben zu können. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen die erforderlichen Informationen zur Verfügung, damit dieser sein Widerspruchsrecht ausüben kann.
- (b) Beauftragte der Auftragsverarbeiter einen Unterauftragsverarbeiter mit der Durchführung bestimmter Verarbeitungstätigkeiten (im Auftrag des Verantwortlichen), so muss diese

Beauftragung im Wege eines Vertrags erfolgen, der dem Unterauftragsverarbeiter im Wesentlichen dieselben Datenschutzpflichten auferlegt wie diejenigen, die für den Auftragsverarbeiter gemäß diesen Klauseln gelten. Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass der Unterauftragsverarbeiter die Pflichten erfüllt, denen der Auftragsverarbeiter entsprechend diesen Klauseln und gemäß der DSGVO unterliegt.

- (c) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Verlangen eine Kopie eines solchen (Unter-)Auftragsverarbeitungsvertrags und etwaiger späterer Änderungen zur Verfügung. Soweit es zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen oder anderen vertraulichen Informationen, einschließlich personenbezogener Daten notwendig ist, kann der Auftragsverarbeiter den Wortlaut der Vereinbarung vor der Weitergabe einer Kopie unkenntlich machen.
- (d) Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen in vollem Umfang dafür, dass der Unterauftragsverarbeiter seinen Pflichten gemäß dem mit dem Auftragsverarbeiter geschlossenen Vertrag nachkommt. Der Auftragsverarbeiter benachrichtigt den Verantwortlichen, wenn der Unterauftragsverarbeiter seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllt.
- (e) Der Auftragsverarbeiter vereinbart mit dem Unterauftragsverarbeiter eine Drittbegünstigtenklausel, wonach der Verantwortliche – im Falle, dass der Auftragsverarbeiter faktisch oder rechtlich nicht mehr besteht oder zahlungsunfähig ist – das Recht hat, den (Unter-)Auftragsverarbeitungsvertrag zu kündigen und den Unterauftragsverarbeiter anzuweisen, die personenbezogenen Daten zu löschen oder zurückzugeben.

7.8 Internationale Datenübermittlungen

- (a) Jede Übermittlung von Daten durch den Auftragsverarbeiter und Unterauftragsverarbeiter an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt ausschließlich auf der Grundlage dokumentierter Weisungen des Verantwortlichen oder zur Einhaltung einer speziellen Bestimmung nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, und muss mit Kapitel V der DSGVO im Einklang stehen.
- (b) Der Verantwortliche erklärt sich damit einverstanden, dass in Fällen, in denen der Auftragsverarbeiter einen Unterauftragsverarbeiter gemäß Klausel 7.7 für die Durchführung bestimmter Verarbeitungstätigkeiten (im Auftrag des Verantwortlichen) in Anspruch nimmt und diese Verarbeitungstätigkeiten eine Übermittlung personenbezogener Daten im Sinne von Kapitel V der DSGVO beinhalten, der Auftragsverarbeiter und der Unterauftragsverarbeiter die Einhaltung von Kapitel V der DSGVO sicherstellen können, indem sie Standarddatenschutzklauseln verwenden, die von der Kommission gemäß Artikel 46 Absatz 2 der DSGVO erlassen wurden (auch als „Standardvertragsklauseln“ bezeichnet), sofern die Voraussetzungen für die Anwendung dieser Standarddatenschutzklauseln erfüllt sind.

Klausel 8 – Unterstützung des Verantwortlichen

- (a) Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen unverzüglich über jeden Antrag, den er von der betroffenen Person erhalten hat. Er beantwortet den Antrag nicht selbst, es sei denn, er wurde vom Verantwortlichen dazu in Textform ermächtigt.
- (b) Unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen bei der Erfüllung von dessen Pflicht, Anträge betroffener Personen auf Ausübung ihrer Rechte zu beantworten. Bei der Erfüllung seiner Pflichten gemäß den Buchstaben (a) und (b) befolgt der Auftragsverarbeiter die Weisungen des Verantwortlichen.

- (c) Abgesehen von der Pflicht des Auftragsverarbeiters, den Verantwortlichen gemäß Klausel 8 Buchstabe b zu unterstützen, unterstützt der Auftragsverarbeiter unter Berücksichtigung der Art der Datenverarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Verantwortlichen zudem bei der Einhaltung der folgenden Pflichten:
- (1) Pflicht zur Durchführung einer Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten (im Folgenden: „Datenschutz-Folgenabschätzung“), wenn eine Form der Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat;
 - (2) Pflicht zur Konsultation der zuständigen Aufsichtsbehörde(n) vor der Verarbeitung, wenn aus einer Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko zur Folge hätte, sofern der Verantwortliche keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos trifft;
 - (3) Pflicht zur Gewährleistung, dass die personenbezogenen Daten sachlich richtig und auf dem neuesten Stand sind, indem der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich unterrichtet, wenn er feststellt, dass die von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder veraltet sind;
 - (4) Verpflichtungen gemäß Artikel 32 der DSGVO.
- (d) Die Parteien legen in Anhang IV die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Unterstützung des Verantwortlichen durch den Auftragsverarbeiter bei der Anwendung dieser Klausel sowie den Anwendungsbereich und den Umfang der erforderlichen Unterstützung fest.

Klausel 9 – Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten

Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten arbeitet der Auftragsverarbeiter mit dem Verantwortlichen zusammen und unterstützt ihn entsprechend, damit der Verantwortliche seinen Verpflichtungen gemäß den Artikeln 33 und 34 der DSGVO nachkommen kann, wobei der Auftragsverarbeiter die Art der Verarbeitung und die ihm zur Verfügung stehenden Informationen berücksichtigt.

9.1 Verletzung des Schutzes der vom Verantwortlichen verarbeiteten Daten

Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den vom Verantwortlichen verarbeiteten Daten unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen wie folgt:

- (a) bei der unverzüglichen Meldung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten an die zuständige(n) Aufsichtsbehörde(n), nachdem dem Verantwortlichen die Verletzung bekannt wurde, sofern relevant (es sei denn, die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten führt voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten natürlicher Personen);
- (b) bei der Einholung der folgenden Informationen, die gemäß Artikel 33 Absatz 3 der DSGVO in der Meldung des Verantwortlichen anzugeben sind, wobei diese Informationen mindestens Folgendes umfassen müssen:
 - (1) die Art der personenbezogenen Daten, soweit möglich, mit Angabe der Kategorien und der ungefähren Zahl der betroffenen Personen sowie der Kategorien und der ungefähren Zahl der betroffenen personenbezogenen Datensätze;
 - (2) die wahrscheinlichen Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;
 - (3) die vom Verantwortlichen ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und

gegebenenfalls Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.

Wenn und soweit nicht alle diese Informationen zur gleichen Zeit bereitgestellt werden können, enthält die ursprüngliche Meldung die zu jenem Zeitpunkt verfügbaren Informationen, und weitere Informationen werden, sobald sie verfügbar sind, anschließend ohne unangemessene Verzögerung bereitgestellt;

- (c) bei der Einhaltung der Pflicht gemäß Artikel 34 der DSGVO, die betroffene Person unverzüglich von der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu benachrichtigen, wenn diese Verletzung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge hat.

9.2 Verletzung des Schutzes der vom Auftragsverarbeiter verarbeiteten Daten

- (a) Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den vom Auftragsverarbeiter verarbeiteten Daten meldet der Auftragsverarbeiter diese dem Verantwortlichen unverzüglich, nachdem ihm die Verletzung bekannt wurde. Diese Meldung muss zumindest folgende Informationen enthalten:
 - (1) eine Beschreibung der Art der Verletzung (möglichst unter Angabe der Kategorien und der ungefähren Zahl der betroffenen Personen und der ungefähren Zahl der betroffenen Datensätze);
 - (2) Kontaktdaten einer Anlaufstelle, bei der weitere Informationen über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten eingeholt werden können;
 - (3) die voraussichtlichen Folgen und die ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, einschließlich Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.
- (b) Wenn und soweit nicht alle diese Informationen zur gleichen Zeit bereitgestellt werden können, enthält die ursprüngliche Meldung die zu jenem Zeitpunkt verfügbaren Informationen, und weitere Informationen werden, sobald sie verfügbar sind, anschließend ohne unangemessene Verzögerung bereitgestellt.
- (c) Die Parteien legen in Anhang IV alle sonstigen Angaben fest, die der Auftragsverarbeiter zur Verfügung zu stellen hat, um den Verantwortlichen bei der Erfüllung von dessen Pflichten gemäß Artikel 33 und 34 der DSGVO zu unterstützen.

Abschnitt III – Schlussbestimmungen

Klausel 10 – Verstöße gegen die Klauseln und Beendigung des Vertrags

- (a) Falls der Auftragsverarbeiter seinen Pflichten gemäß diesen Klauseln nicht nachkommt, kann der Verantwortliche – unbeschadet der Bestimmungen der DSGVO – den Auftragsverarbeiter anweisen, die Verarbeitung personenbezogener Daten auszusetzen, bis er diese Klauseln einhält oder der Vertrag beendet ist. Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen unverzüglich, wenn er aus welchen Gründen auch immer nicht in der Lage ist, diese Klauseln einzuhalten.
- (b) Der Verantwortliche ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, soweit er die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß diesen Klauseln betrifft, wenn
 - (1) der Verantwortliche die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragsverarbeiter gemäß Buchstabe a ausgesetzt hat und die Einhaltung dieser Klauseln nicht innerhalb einer angemessenen Frist, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach der Aussetzung, wiederhergestellt wurde;
 - (2) der Auftragsverarbeiter in erheblichem Umfang oder fortdauernd gegen diese Klauseln verstößt oder seine Verpflichtungen gemäß der DSGVO nicht erfüllt;

- (3) der Auftragsverarbeiter einer bindenden Entscheidung eines zuständigen Gerichts oder der zuständigen Aufsichtsbehörde(n), die seine Pflichten gemäß diesen Klauseln oder der DSGVO zum Gegenstand hat, nicht nachkommt.
- (c) Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, soweit er die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß diesen Klauseln betrifft, wenn der Verantwortliche auf der Erfüllung seiner Anweisungen besteht, nachdem er vom Auftragsverarbeiter darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass seine Anweisungen gegen geltende rechtliche Anforderungen gemäß Klausel 7.1 Buchstabe (b) verstoßen.
- (d) Nach Beendigung des Vertrags löscht der Auftragsverarbeiter nach Wahl des Verantwortlichen alle im Auftrag des Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten und bescheinigt dem Verantwortlichen, dass dies erfolgt ist, oder er gibt alle personenbezogenen Daten an den Verantwortlichen zurück und löscht bestehende Kopien, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht. Bis zur Löschung oder Rückgabe der Daten gewährleistet der Auftragsverarbeiter weiterhin die Einhaltung dieser Klauseln.

Anhang I – Ergänzende Regelungen

Klausel 11 – Allgemeine Ergänzungen

- (a) Anwendungsbereich: Die in dieser Vereinbarung enthaltenen Klauseln finden Anwendung auf alle Leistungen der Auftragsverarbeitung im Sinne des Art. 28 DSGVO, die der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen erbringt.
- (b) Form: Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sollen mindestens in Textform erfolgen und bedürfen der ausdrücklichen Angabe, dass damit die vorliegenden Bestimmungen geändert und/oder ergänzt werden. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis. Soweit gemäß dieser Vereinbarung die Schriftform vorgesehen ist, ist die Textform im Sinne von § 126b BGB ausreichend.
- (c) Rechtswahl: Diese Vereinbarung unterliegt deutschem Recht.
- (d) Gerichtsstand: Gerichtsstand ist Berlin.

Klausel 12 – Besondere Regelungen

- (a) Vertragsstrafe: Für jeden Fall der schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieser Vereinbarung und/oder die geltenden Datenschutzbestimmungen durch den Auftragsverarbeiter, seine gesetzlichen Vertreter, Subunternehmer, Mitarbeiter oder sonstige Erfüllungsgehilfen, verpflichtet sich der Auftragsverarbeiter zur Zahlung einer angemessenen Vertragsstrafe. Die Höhe bestimmt der Verantwortliche nach billigem Ermessen und unterliegt im Streitfall der Überprüfung durch das zuständige Gericht am Sitz des Verantwortlichen. Die Geltendmachung weitergehender Schadenersatz- oder Freistellungsansprüche bleibt hiervon unberührt, wobei eine vom Auftragsverarbeiter gemäß seiner Verpflichtung nach diesem Absatz an den Verantwortlichen gezahlte Vertragsstrafe auf einen aufgrund derselben Pflichtverletzung vom Auftragsverarbeiter an den Verantwortlichen zu zahlenden Schadenersatz angerechnet wird.
- (b) Haftung:
 - (1) Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen gemäß den gesetzlichen Regelungen. Etwaige Haftungsbegrenzungen oder -beschränkungen der Parteien aus dem Hauptvertrag oder anderen vertraglichen Vereinbarungen finden diesbezüglich keine Anwendung.
 - (2) Der Auftragsverarbeiter haftet auch dann, wenn dessen Mitarbeiter bzw. von ihm Beauftragte gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstoßen und/oder gegen

oder ohne Anweisungen des Auftragsverarbeiters personenbezogene Daten verarbeiten.

- (3) Die Haftung des Auftragsverarbeiters gegenüber dem Verantwortlichen erstreckt sich auch auf gegen den Verantwortlichen verhängte Geldbußen, soweit diese auf die schuldhafte Verletzung einer datenschutzrechtlichen Pflicht des Auftragsverarbeiters durch den Auftragsverarbeiter, dessen Mitarbeiter bzw. von ihm Beauftragte zurückzuführen sind. Wird in Folge einer solchen Pflichtverletzung ein Bußgeldbescheid gegen den Verantwortlichen rechtskräftig, stellt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen vom verhängten Bußgeld frei, wobei sich die Höhe dieses Freistellungsanspruchs nach der Haftungsquote im Innenverhältnis bemisst. Der Auftragsverarbeiter hat die Geldbuße in der Höhe seines Anteils an der Verantwortung für den durch die Geldbuße sanktionierten Verstoß zu übernehmen. Voraussetzung für die zuvor genannte Haftung des Auftragsverarbeiters ist in jedem Fall, dass der Verantwortliche den Auftragsverarbeiter unverzüglich schriftlich von einem solchen Fall verständigt, die behauptete Verletzung nicht anerkennt und jegliche gerichtliche oder außergerichtliche Auseinandersetzung, einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen, nur im Einvernehmen mit dem Auftragsverarbeiter führt. Der Auftragsverarbeiter kann insbesondere verlangen, dass der Verantwortliche etwaige Bußgeldbescheide gerichtlich durch alle zur Verfügung stehenden Instanzen überprüfen lässt, wobei der Auftragsverarbeiter in einem solchen Fall verpflichtet ist, den Verantwortlichen von den entstehenden Prozesskosten in Höhe der gesetzlichen Gebühren freizustellen.
- (4) Der Auftragsverarbeiter stellt den Verantwortlichen im Innenverhältnis von allen Schadensersatzansprüchen betroffener Personen im Zusammenhang mit der Verletzung von datenschutzrechtlichen Bestimmungen frei, die diese gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen, soweit diese darauf beruhen, dass der Auftragsverarbeiter gegen ihm als Auftragsverarbeiter obliegende Pflichten verstoßen hat oder im Auftrag verarbeitete personenbezogene Daten ohne oder gegen eine Weisung des Verantwortlichen verarbeitet hat. Die Regelungen in obenstehender Klausel 13 (b) Abs. (2) Sätze 4 und 5 dieses Anhangs I gelten entsprechend.

(c) Weisungsberechtigte Personen

Sofern der Verantwortliche dies für erforderlich erachtet, wird er diejenigen Personen (einschließlich deren Kontaktdaten), die auf seiner Seite ausschließlich berechtigt sein sollen, gegenüber dem Auftragsverarbeiter Weisungen gemäß der Regelung in Klausel 7.1 lit. a) dieser Vereinbarung zu erteilen, gegenüber dem Auftragsverarbeiter schriftlich bestimmen. Soweit der Verantwortliche von diesem Recht Gebrauch macht, sind ausschließlich Weisungen von Seiten dieser Personen und über die vom Verantwortlichen bestimmten Kommunikationskanäle rechtlich im Sinne der Regelung in Klausel 7.1 lit. a) dieser Vereinbarung verbindlich. Sofern sich Änderungen im Hinblick auf die auf Seiten des Verantwortlichen weisungsberechtigten Personen oder deren Kontaktdaten ergeben, wird der Verantwortliche dies dem Auftragsverarbeiter mitteilen.

(d) Ort der Verarbeitung

- (1) Die Verarbeitung von Daten im Auftrag des Verantwortlichen ist außerhalb von den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters nur mit schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen zulässig.

- (2) Die Verarbeitung und Nutzung der Daten findet ausschließlich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt. Dies gilt auch für etwaige Datensicherungen durch Auftragsverarbeiter. Die Regelung in Klausel 7.8 dieser Vereinbarung bleibt unberührt.
- (e) Kontrollpflichten
- (1) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, durch geeignete Kontrollen sicherzustellen, dass die im Auftrag verarbeiteten personenbezogenen Daten ausschließlich nach Maßgabe dieser Vereinbarung und/oder eines ggf. bestehenden Hauptvertrages und/oder den entsprechenden Weisungen verarbeitet werden.
 - (2) Der Auftragsverarbeiter ist verpflichtet, sein Unternehmen und seine Betriebsabläufe so zu gestalten, dass die Daten, die er im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet, im jeweils erforderlichen Maß gesichert und vor der unbefugten Kenntnisnahme Dritter geschützt sind. Der Auftragsverarbeiter wird Änderungen in der Organisation der Datenverarbeitung im Auftrag, die für die Sicherheit der Daten erheblich sind, vorab mit dem Verantwortlichen abstimmen.
 - (3) Der Auftragsverarbeiter bestätigt schriftlich, dass er gem. Art. 37 DSGVO und, sofern anwendbar, gemäß § 38 BDSG einen Datenschutzbeauftragten bestellt hat und die Einhaltung der Vorschriften zum Datenschutz und zur Datensicherheit unter Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten überwacht.
 - (4) Sofern der Auftragsverarbeiter nicht den Regelungen der Art. 37 DSGVO und § 38 BDSG unterliegt oder nicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten verpflichtet ist, wird er eine zuverlässige Kontaktperson benennen, die die Einhaltung der Vorschriften zum Datenschutz und zur Datensicherheit überwacht und als Ansprechpartner für Fragen zur Datenverarbeitung fungiert. Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen Name und Kontaktdaten seines Datenschutzbeauftragten bzw. der sonstigen Kontaktperson sowie jegliche diesbezüglichen Änderungen unverzüglich schriftlich mit.
- (f) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten: Bei der Erstellung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten gem. Art. 30 DSGVO durch den Verantwortlichen wird der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unterstützen und die jeweils erforderlichen Angaben in geeigneter Weise zur Verfügung stellen. Der Auftragsverarbeiter führt zudem entsprechend den Vorgaben gem. Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein eigenes Verzeichnis zu allen im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Verarbeitungstätigkeiten.
- (g) Unterstützung bei Betroffenenanfragen: In Ergänzung zu Klausel 8 Buchstabe b gilt, dass der Auftragsverarbeiter verpflichtet ist, sämtliche seiner danach zu erbringenden Mitwirkungs- und Unterstützungshandlungen (insbesondere die Bereitstellung von Informationen) unverzüglich und so rechtzeitig zu erbringen, dass der Verantwortliche in der Lage ist, seine Verpflichtungen zur Erfüllung von Betroffenenrechten rechtzeitig zu erfüllen. Soweit die verarbeiteten Daten Gegenstand eines Verlangens auf Datenportabilität gemäß Art. 20 DSGVO sind, ist der Auftragsverarbeiter zudem verpflichtet, dem Verantwortlichen die betroffenen Datensätze unverzüglich in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zur Verfügung zu stellen.
- (h) Meldepflichten:
- (1) Die Pflicht zur unverzüglichen Meldung des Auftragsverarbeiters an den Verantwortlichen bei der Verletzung des Schutzes der vom Auftragsverarbeiter verarbeiteten Daten (Klausel 9.2 Buchstabe (a)) gilt insbesondere auch bei

Verletzungen, die im Zuge der Verarbeitung durch beim Auftragsverarbeiter beschäftigte Personen oder durch andere mit der Verarbeitung betraute Dritte erfolgt sind. Die Meldepflicht gilt auch bei Indizien, die auf die Möglichkeit des Vorliegens einer Verletzung der Sicherheit der im Auftrag verarbeiteten personenbezogenen Daten schließen lassen sowie bei Verstößen gegen die im Hauptvertrag und der Vereinbarungen getroffenen Regelungen und / oder gegen die vom Verantwortlichen erteilten Weisungen.

- (2) Die Pflicht zur unverzüglichen Meldung des Auftragsverarbeiters an den Verantwortlichen bei der Verletzung des Schutzes der vom Auftragsverarbeiter verarbeiteten Daten (Klausel 9.2 Buchstabe (a)) beinhaltet die Pflicht zur stückweisen Meldung. Daher haben Teil-Meldung auch jeweils unverzüglich zu erfolgen.
- (3) Sofern der Zugriff auf die Daten, die der Verantwortliche dem Auftragsverarbeiter zur Datenverarbeitung übermittelt hat, durch Maßnahmen Dritter (z.B. Maßnahmen eines Insolvenzverwalters, Beschlagnahme durch Finanzbehörden, etc.) gefährdet wird, hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich hierüber zu benachrichtigen.
- (4) Weiterleitung bei Betroffenenrechten: Soweit sich eine betroffene Person unmittelbar an den Auftragsverarbeiter insbesondere zwecks Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der in Anhang III dieser Vereinbarung genannten personenbezogenen Daten wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich nach Erhalt an den Verantwortlichen weiterleiten.
- (5) Kontrollen durch die Aufsichtsbehörde: Der Auftragsverarbeiter wird den Verantwortlichen über die Durchführung von Kontrollmaßnahmen der Aufsichtsbehörde informieren, soweit die Maßnahmen Datenverarbeitungen betreffen können, die der Auftragsverarbeiter für den Verantwortlichen erbringt.
- (i) Vertraulichkeitsvereinbarung: Der Auftragsverarbeiter wird seine Mitarbeiter zudem entsprechend den Anforderungen des Verantwortlichen auch auf die Einhaltung von für den Verantwortlichen geltenden, zwingenden gesetzlichen Vertraulichkeitsverpflichtungen verpflichten. Der Auftragsverarbeiter ist verpflichtet, dem Verantwortlichen auf Nachfrage die Einhaltung dieser Verpflichtung sowie seiner Verpflichtung gemäß Klausel 7.4 Buchstabe (b) Satz 2 dieser Vereinbarung in geeigneter Form nachzuweisen.
- (j) Einrede des Zurückbehaltungsrechts: Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts gem. § 273 BGB wird hinsichtlich der verarbeiteten Daten und der dazugehörigen Datenträger ausgeschlossen.
- (k) Dokumentation der Datenlöschung: Die Löschung von Daten nach Beendigung der Auftragsverarbeitung (siehe Klausel 10 – Buchstabe (d) dieses Vertrages) gemäß den Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen ist vom Auftragsverarbeiter zu dokumentieren und dem Verantwortlichen auf Anfrage durch Vorlage des Löschprotokolls zu bestätigen.

Anhang II – Liste der Parteien

Verantwortliche(r):

Name und Kontaktdaten des/der Verantwortlichen und gegebenenfalls des Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen

Datum und Ort: _____

Unterschrift: _____

Name und Kontaktdaten des/der Verantwortlichen und gegebenenfalls des Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen

Datum und Ort: _____

Unterschrift: _____

Name und Kontaktdaten des/der Verantwortlichen und gegebenenfalls des Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen

Auftragsverarbeiter:

Name und Kontaktdaten des/der Auftragsverarbeiter/s und gegebenenfalls des Datenschutzbeauftragten des Auftragsverarbeiters

Datum und Ort: _____

Unterschrift: _____

Name und Kontaktdaten des/der Auftragsverarbeiter/s und gegebenenfalls des Datenschutzbeauftragten des Auftragsverarbeiters

Anhang III – Beschreibung der Verarbeitung

Gegenstand des Auftrages:

Beschreiben Sie den Gegenstand des Auftrages

Kategorien betroffener Personen, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden:

- ☐ Patient*innen ☐ Beschäftigte
- ☐ Geschäftspartner
- ☐ andere Kategorien betroffener Personen: Notieren Sie weitere Kategorien von betroffenen Personen

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

- ☐ Patient*innen: Notieren Sie die Kategorien von personenbezogenen Daten.
- ☐ Beschäftigte: Notieren Sie die Kategorien von personenbezogenen Daten.
- ☐ Geschäftspartner: Notieren Sie die Kategorien von personenbezogenen Daten.
- ☐ andere Kategorien betroffener Personen: Notieren Sie die Kategorien von personenbezogenen Daten.

Anhang IV – Technische und organisatorische Maßnahmen

Der Auftragsverarbeiter sichert zu, mindestens folgende technische und organisatorische Maßnahmen getroffen zu haben.

Als Anlage beigelegt

Anhang V – Liste der Unterauftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter arbeitet derzeit bei der Erfüllung des Auftrags mit den folgenden weiteren Auftragsverarbeitern zusammen, mit deren Beauftragung sich der Verantwortliche einverstanden erklärt.

Sofern die Datenverarbeitung außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes stattfindet oder Zugriffe von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes erfolgen, sind in der folgenden Übersicht zudem die Maßnahmen und Garantien aufzuführen, die ein angemessenes Datenschutzniveau bei der Verarbeitung gem. Art. 44 ff. DSGVO sicherstellen (z.B. EU-Standardvertragsklauseln, BCR oder Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission).

Nummer: Wählen Sie ein Element aus.

Firma und Sitz (Anschrift):

Bitte notieren Sie hier Name und Anschrift des Unterauftragsverarbeiters.

Funktion/Tätigkeit und Art der Datenverarbeitung:

Bitte notieren Sie hier Funktion/Tätigkeit und Art der Datenverarbeitung des Unterauftragsverarbeiters.

Kategorien der verarbeiteten Daten:

Bitte notieren Sie hier Kategorien der verarbeiteten Daten des Unterauftragsverarbeiters.

Ort(e) der Datenverarbeitung (auch per Fernzugriff):

Bitte notieren Sie hier Ort(e) der Datenverarbeitung (auch per Fernzugriff) des Unterauftragsverarbeiters.

Maßnahmen und Garantien bei Übermittlung in ein unsicheres Drittland:

Bitte notieren Sie hier Maßnahmen und Garantien bei Übermittlung in ein unsicheres Drittland des Unterauftragsverarbeiters